

Wien, Freitag, den 8. Juli 1927.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. Juli 1927.

Der Gemeinderat hat am Dienstag den Zuschusskredit für die Anlage der Wählerlisten beraten. Hieszu sind zwölf Mitglieder der Minderheit zum Wort gemeldet. Nur drei haben am Dienstag gesprochen, worauf die Sitzung wegen vorgerückter Stunde abgebrochen wurde. Bei Beginn der heutigen Sitzung appellierte Bürgermeister Seitz an die zum Wort gemeldeten Redner, sich möglichst kurz zu fassen. Wir haben, sagte der Bürgermeister, vor den Ferien noch eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Allerdings ist das auf die Eigenart der Geschäftseinteilung zurückzuführen. Der Betrag, der heute als Nachtragskredit für die Anlage der Wählerlisten verlangt wird, ist gewiss in der Bundesverwaltung weitaus grösser und doch wird im Parlament darüber überhaupt nicht verhandelt. Im Gemeinderat aber werden nicht weniger als zwölf Redner zu diesem Gegenstand sprechen. Es ist nicht Schuld des Gemeinderates, sondern des Statutes und der Geschäftsordnung, wenn solche Kleinigkeiten eine so weitwändige Behandlung erfahren. Wir werden daran denken müssen, da Ordnung zu schaffen. Diese Art der Geschäftsführung ist nur möglich, wenn alle Mitglieder bemüht sind, die Verhandlung möglichst expeditiv zu gestalten. Wir werden uns den vorbildlichen Bestimmungen, die in der Bundesverwaltung gelten, anpassen müssen. Ich bitte also noch einmal um Kürze der Reden. (Rufe bei den Christlichsozialen: § 96!)

Es wird nun zuerst an die Erledigung der Nachtragstagesordnung geschritten, was von der Minderheit mit den Rufen: Warum wird die Debatte über den Zuschusskredit zu den Kosten der Anlage der Wählerlisten nicht jetzt fortgesetzt? Es sind noch sieben Redner vorgemerkt! benängelt wird.

GR. Hüss beantragt dem Verband der Fürsorgevereine Societas bereits gewährte unverzinsliche Darlehen von 20.000 Schilling bis 31. Dezember 1928 zu prolongieren und ihm weiters ein unverzinsliches Darlehen von 25.000 Schilling ebenfalls bis 31. Dezember 1928 zu gewähren.

GR. Schlössinger (E.L.) erklärt, dass gegen den Antrag prinzipiell nichts einzuwenden sei. Alle Arten der privaten Fürsorge haben einen schweren Existenzkampf und durch eine Subventionierung wird die Arbeit, die sie leisten, wenigstens anerkannt. Jede Unterstützung der privaten Fürsorge muss daher begrüsst werden. Leider aber werden von Ihnen nur sozialdemokratische Institutionen berücksichtigt. Der grosse katholische Caritasverband hat ebenfalls um eine Unterstützung angesucht, sein Ansuchen ist aber bis heute nicht beantwortet worden. Dagegen müssen wir Stellung nehmen. Geben Sie Ihren engherzigen Standpunkt auf und dehnen Sie die Unterstützung auch auf den Charitasverband aus. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt GR. Hüss, dass er den Wunsch der Frau Gemeinderätin Schlössinger dem Stadtrat Breitner zur Kenntnis bringen werde, worauf der Antrag angenommen wird.

GR. Hüss beantragt, den Verein zur Errichtung und Erhaltung von Jugendspielflächen in Favoriten mit 600 Schilling zu subventionieren.

GR. Pfeiffer (E.L.) erklärt, für den Antrag zu stimmen, da jede Förderung der Körpererleichtigung unterstützt werden muss. Er regt die Schaffung von allgemein zugänglichen Sportplätzen an, um jedermann die Möglichkeit zu geben, gegen geringes Entgelt und ohne einem Verein beitreten zu müssen, den Körpersport zu betreiben. Namens der zwei Mitglieder der

grossdeutschen Volkspartei legt der Redner einen formellen Protest dagegen ein, dass das Referat des StR. Richters, dessen Verhandlungen in der letzten Sitzung abgebrochen wurden, auf der heutigen Tagesordnung neu angesetzt und dass zwischen den abgebrochenen Verhandlungen und der Fortsetzung dieser andere Punkte eingeschoben wurden.

GR. Angermayer (E.L.) verwahrt sich gegen die Protektion, die die Sportvereine, die der sozialdemokratischen Partei nahe stehen, von Seite der Gemeinderatsmehrheit geniessen. Auch christlich-deutsche Turnvereine haben um Subventionen angesucht, bis heute aber wurden ihre Ansuchen noch nicht erledigt.

Auf die Anregung des GR. Pfeiffer erwidert in seinem Schlusswort GR. Hüss, dass die Gemeindeverwaltung einen solchen Sportplatz in dem Sommerbad Hohe Warte geschaffen habe, worauf der Antrag angenommen wird.

Ohne Debatte wird sodann der Antrag des GR. Thaller, die österreichische Exlibris-Gesellschaft mit 200 Schilling zu subventionieren, angenommen.

GR. Thaller beantragt weiters die Subvention der Wiener Internationalen Frühjahrs- und Herbstmesse mit 100.000 Schilling.

GR. Hölaubek (E.L.) erklärt, dass gegen den Antrag nichts einzuwenden sei. Er stellt an den Referenten die Anfrage, ob ihm vielleicht bekannt sei, dass bei der Wiener Messe A.G. fünf Angestellte, die einer christlichen Gewerkschaft angehören, aus parteipolitischen Gründen entlassen worden seien. Wäre dies der Fall, müsste dagegen die schärfste Verwahrung eingelegt werden.

In seinem Schlusswort stellt GR. Thaller fest, dass ihm von der Entlassung nichts bekannt sei. Er halte es für nicht fair, die Angelegenheit hier vorgebracht zu haben. Die Herren der Opposition sitzen ja auch im Verwaltungsrat der Wiener Messe A.G. und haben dort Gelegenheit, den Fall zu untersuchen. Uebigens wurde ihm soeben mitgeteilt, dass die Herren der Minderheit im Verwaltungsrat der in Frage stehenden Entlassung zugestimmt hätten.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Ohne Debatte werden sodann die Anträge des Stadtrates Kokrda, den Bestandvertrag mit der österreichischen Radioverkehrs A.G. das Schulgebäude, I., Johannesgasse 4a betreffend, zu erweitern und den Ankauf einer Liegenschaft in Favoriten zu genehmigen, angenommen. Ebenso wird ein Antrag des GR. Lötsch, den Ankauf zweier Häuser auf der Landstrasse zu genehmigen, ohne Debatte angenommen.

GR. Suchanek ersucht um Genehmigung des Ankaufes eines Teiles einer Liegenschaft in Währing.

Dazu erklärt GR. Kolassa (E.L.), dass die Gemeindeverwaltung bei Ankäufen von Gründen und Häusern vorsichtig <sup>sein</sup> möge. Sollten einmal andere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten, so dürfte der grosse Besitz von Häusern und Gründen auf die wirtschaftliche Lage der Gemeindeverwaltung nicht ohne Einfluss sein.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Suchanek, dass bisher die Grund- und Häuserankäufe, die der Bodenspekulation entsprechende Grenzen zähen sollen, immer gut geheissen wurden, worauf der Antrag angenommen wird.

Der Gemeinderat setzt nun die Verhandlungen über das Referat des Stadtrates Richter fort.

Zum Wort gelangt GR. Zimmerl (E.L.), der zunächst zu dem Appell des Bürgermeisters Stellung nimmt.

Der Herr Bürgermeister hat zu Beginn der Sitzung an den Gemeinderat den Appell gerichtet, kürzere Reden zu halten. In der letzten Sitzung des Gemeinderates haben zwölf Berichterstatter und fünfzehn Redner gesprochen. Jeder Berichterstatter hat zweimal gesprochen, es hat also jeder Redner in der letzten Gemeinderatssitzung nur siebenminütlich Minuten gesprochen. Der Herr Bürgermeister hat sich im Haus geirrt; er hat vielleicht das Haus gemeint, wo ein Redner wochenlang spricht. Wenn der Herr Bürgermeister gemeint hat, dass eine Änderung der Verfassung, die nur eine Einschränkung der Kompetenz des Gemeinderates beinhalten könnte, notwendig sei, so weisen wir diese Drohung zurück. Wir werden zu jedem Punkt sagen, was zu sagen ist und wir werden uns unser Recht von niemanden nehmen lassen.

Dass die Verhandlungen über das Referat Richter abgebrochen wurde, war gut; denn was Kunschak, Rummelhardt und Doppler vorgebracht haben, war schon genügend. Es wurde Ihnen Missbrauch der Amtsgewalt, unzulässige Wahlbeeinflussung und Stimmenkauf nachgewiesen. So ein Stimmenkauf waren die Pfründnerjause. Der Obmann-Stellvertreter des Neubauer Fürsorgeinstitutes hat sich schon im Jahre 1925 unter Missbrauch der Amtsgewalt einen Kataster jener Personen angelegt, die von der Gemeinde irgendeine Zuwendung bekommen haben. Der Kataster wurde vor der Wahl ergänzt und der Fürsorgeverein Societas hat für den 20. April, also vier Tage vor der Wahl, diese Befürsorgten zu einer Veranstaltung mit Musik und Tanz eingeladen und ausdrücklich auf der Einladung vermerkt, dass damit keinerlei Spesen verbunden sind. Den Leuten wurden dann Kaffee und Guglhupf vorgesetzt und all das nur deshalb, um ihre Stimmen zu erhalten. Sie haben früher mit Recht kritisiert, wenn solche Dinge gemacht worden sind. Man soll Wohltaten üben, ohne den Armen zu kränken. Es ist aber ganz unzulässig, dass sich hier eine Art Protzentum herausbildet. Jetzt machen Sie das noch viel ärger. Das Gesetz bestimmt ausdrücklich, dass bei der Abgabe der Stimme die Zuwendung materieller Vorteile strafbar ist. Aber wenn Sie es für zulässig erachten, dass man den Leuten eine bessere Verpflegung vor der Wahl gibt, dann kann man ihnen auch Geld geben. Das ist das beste Beispiel für die Grosskapitalisten, die sich dann die Stimmen mit Geld kaufen können. Es war Ihnen eben kein Mittel zu schlecht, um nicht doch die Wähler für Ihre Partei zu interessieren. (Beifall).

Das interessanteste Kapitel dieser Veranstaltungen ist die Finanzierung. Heute wird dem Gemeinderat die Rechnung vorgelegt. Wir sollen dem sozialdemokratischen Fürsorgeverein Societas eine im Jahre 1926 gewährte unverzinsliche Darlehen von 20.000 Schilling prolongieren und gleichzeitig ein weiteres unverzinsliches Darlehen von 25.000 Schilling gewähren. Der Verein hat eben für die Pfründnerjause mit Tanz und Musik so viel Geld ausgegeben, dass er jetzt ein Darlehen braucht. Es ist unbegreiflich, dass Sie den Mut aufbringen in so schamloser Weise Gemeindegelder zu verwenden.

GR. Körber (E.L.): Das ist ein Betrug an der Bevölkerung!

GR. Zimmerl: Sie haben überhaupt an den Befürsorgten, wenn Wahlen kommen, ein ganz besonderes Interesse. Der Fürsorge referent des Landes Niederösterreich, der sozialdemokratische Landesrat Helmer, hat an die Befürsorgten des Landes Niederösterreich ein <sup>en Brief</sup> geschickt, in dem ein sozialdemokratischer Stimmzettel und ein Schreiben waren, das die Leute aufforderte, nur diesen Stimmzettel in die Urne zu geben. (Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Der Herr Helmer hat doch den Leuten keine Unterstützung aus seiner Privatkasse gegeben, obwohl es auch dann eine Gemeinheit wäre, als Wohltäter den Leuten so zu schreiben. Aber die Unterstützungen trägt die Gesamtbevölkerung und es handelt

sich hier um eine bewusste Irreführung, um eine Behauptung, die einer niederträchtigen Lüge gleichkommt. In Wien hat die sozialdemokratische Partei eine Wahlrechtsbelehrung herausgegeben, die den Anschein erwecken sollte, dass es sich um ein amtliches Schreiben handelt. Man hat daraus gar nicht gesehen, dass es ein parteipolitisches Schriftstück ist. Dieser Belehrung ist ein sozialdemokratischer Stimmzettel beigelegt, dem auch wirklich viele Leute verwendet haben. Man hat sich hier bewusst eine Drucksache beigelegt, die den Anschein einer amtlichen Legitimation hatte.

GR. Preyer (E.L.): Die leben ja nur von der Mogelei!

GR. Zimmerl: Sie sind dann noch weiter gegangen und haben gefälschte Banknoten verwendet.

GR. Stein (Soz. Dem.): Das sind die Wetzelsdorfer!

GR. Zimmerl: Ich lade Sie ein, zu behaupten, dass der Nationalrat Rintelen Banknoten gefälscht hat und vor Gericht hiefür den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

GR. Eisinger (Soz. Dem.): Reden Sie lieber von Wien, das war in Steiermark.

GR. Zimmerl: Ich freue mich, dass Sie sich dieser Dinge schämen. Es wird hier gegen eine andere Partei der Vorwurf erhoben, dass sie Banknoten gefälscht hat. Ich muss schon sagen, dass eine Partei, wenn sie wirklich etwas geleistet hat, es nicht notwendig hätte, zu solchen Mitteln zu greifen. Man hat aber noch andere Dinge getan. So wurde an Leute, die als Freunde von Kindern bekannt sind, Briefe geschickt, in denen die Fürsorge der Gemeindeverwaltung hervorgehoben wurde, die Aufbringung der Mittel für richtig bezeichnet wird und schliesslich die Aufforderung, am 24. April den Kindern zuliebe, sozialdemokratisch zu wählen, ergeht. Das sind so einige Proben der Führung Ihres Wahlkampfes. Er wurde mit allen Mitteln des Terrors und des Missbrauches der Amtsgewalt geführt. (Beifall).

Ich berichtige grundsätzlich keine Zeitung. Ich habe hier in der Sitzung vom 1. April festgestellt, dass Stadtrat Freitner im Jahre 1924 und 1925 im Finanzausschuss gesagt hat: Die Zeiten sind endgültig vorüber in denen sich die Gewerbetreibenden etwas erübrigen konnten. Diese Bemerkung hat die Arbeiter-Zeitung vollständig verdreht. Sie hat mich als Lügner hingestellt. Ein Blick in das stenografische Protokoll der Sitzung vom 1. April hätte genügt und die Herrschaften, die doch an der Quelle sitzen, hätten sich von der Wahrheit überzeugen können.

GR. Kunschak: Daran hindert Sie die chronische Arbeitslosigkeit

GR. Zimmerl: Die Arbeiter-Zeitung hat dann auch geschrieben, ich hätte in einer Innsbrucker Versammlung erzählt, dass meine eigenen Kinder nicht lesen und schreiben können. Ich kann nur sagen, dass ein solches Mass von Niederträchtigkeit mir noch nicht untergekommen ist. Ich werde nicht berichtigen, aber im Gemeinderat jede Gelegenheit ergreifen, um aufzuzeigen, wie diese Zeitung den Kampf gegen einzelne Personen führt, weil wir hier Recht und Gesetz im Interesse der Wiener Bevölkerung vertreten. (Beifall).

Wenn Sie glauben, dass Sie durch eine Änderung der Verfassung oder der Geschäftsführung uns auf einen anderen Weg bringen werden, dann geben Sie sich einer grossen Täuschung hin. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Angermayer (E.L.): Sie können den Vorwurf des Missbrauches der Amtsgewalt nicht entkräften. So wie in der geschlossenen Armenpflege, ist auch in der offenen Armenpflege alles versucht worden, um die Befürsorgten für Ihre Partei zu gewinnen. Wir haben wiederholt nachgewiesen, dass die sozialdemokratischen Fürsorgeräte den alten Leuten gesagt haben, dass sie nur dann eine höhere Pfründe bekommen, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Die Leute haben dann gegen ihre eigene Überzeugung gewählt, weil sie sonst ihre Pfründe zu verlieren glaubten. Auch in Margareten hat man die alten Leute zu solchen Veranstaltungen mit Musik und Tanz eingeladen. Das ist schändlich und unwürdig, es war ein Wahlkampf, der einfach niederträchtig genannt werden muss. Dieser Terror, den Sie an den Angestellten aller Kategorien üben, der kam besonders bei den Wahlen gänzlich zum Ausdruck. Eines der traurigsten Kapitel ist Ihre Jugendfürsorge. Der schlechteste Branntweiner und der Verbrecher, der zurückkommt, könnte seine Kinder auch nicht schlechter erziehen, als Sie durch die sozialdemokratischen Kinderfreunde geschieht. Auch Ihr Vorgehen bei den Steuern vor der Wahl ist noch niemals da gewesen. Auf Grund der Äusserungen von knapp vor der Wahl gegründeten Scheinorganisationen, hat der Magistrat höhere und niedrigere Steuern bemessen. Das ist wohl ein Skandal und das grösste Verbrechen, das die sozialdemokratische Partei sich zuschulden kommen hat lassen. Ihre Plakate waren ein ununterbrochener Schwindel. Es wurde wieder die Mieterschutzlüge aufgewärmt. Sie wussten ganz genau, dass an dem Mieterschutz nicht gerührt wird und trotzdem haben Sie den Gewerbetreibenden und den Mietern das Gegenteil gesagt. Unser Plakat hatte nur einen Fehler, es war nämlich unvollständig. Es hätte noch dort stehen müssen: Mieterschutz gerettet! An den fünfzehntausendfachen Zins denkt kein anständiger Mensch, mit Ausnahme der Sozialdemokraten! Ein Skandal für sich waren die Wählerlisten. In Margareten haben wir 986 Beanständungen vorgenommen, davon waren 400 Streichungen, die zum grössten Teil die Verbrecherwelt betroffen haben. Missbrauch der Amtsgewalt, wie er im Buche steht, ist es, wenn in einer Wohnung gleich drei Wähler fingiert werden. Der Dame, die den Beamten auf diesen Umstand aufmerksam machte, wurde ganz einfach keine geantwortet: Darum brauchen Sie sich nicht kümmern. Die Hauptsache ist, dass sie in der Liste stehen. Man hat einfach die Beamten langsam gedrückt, das zu tun. Sie haben sich bei der Wahl als eine Partei der Brachialgewalt gezeigt. Wenn der Terror bei dieser Wahl ganz besonders stark zum Ausdruck kam, so deshalb, weil Sie das Gefühl hatten, dass es Ihnen an den Kragen geht. Wir können deshalb dem wichtigsten Werkzeug dieser Wahlen, den Wählerlisten, nicht auch noch eine finanzielle Sicherung bewilligen. (Beifall).

GR. Haider (E.L.): Jede Partei hat das Recht mit erlaubten Mitteln alles zu versuchen, um den Wahlausgang in ihrem Interesse zu gestalten. Sie haben im Nationalrat drei Mandate erobert. Sie haben dort einen Erfolg erzielt. Aber, Sie sind doch ausgezogen, um die Macht im Staat zu erobern.

GR. Hartmann (Soz. Dem.): Sie wollten die Macht in der Gemeinde erobern!

GR. Haider: Darauf kann ich nur sagen, dass in meinem Wahlbezirk wir mit fünfzehntausend Stimmen nur ein Mandat, Sie aber mit dreiunddreissigtausend Stimmen vier Mandate bekommen haben. Im Gemeinderat haben Sie gar nichts erobert. Wo Sie nur konnten, haben Sie die Amtsgewalt missbraucht. Im Wahlsprengel 68 in Rudolfshaus hat man den Meldezettel als einziges Dokument der Wahlberechtigung anerkannt, wenn der Wähler ein Sozialdemokrat war. Das ist eine eklatante Gesetzesverletzung; sie wurde erst abgestellt, als ich intervenierte. Mit solchen Dingen haben Sie einen Scheinerfolg zu erringen vermocht. Niemanden ist es eingefallen, Sie zu hindern, Wahlumzüge zu veranstalten. Im Namen der Freiheit aber und

im Namen des Rechtes wurden unseren Leuten Standarten entrissen, wurden Standarten zerrissen und in den Kot geschleift. Angesichts solcher Tatsachen ist es wohl unmöglich, von einem Ihre Partei ehrenden Sieg zu sprechen. Und nun zu dem System des Proportionalwahlrechtes. In meinem Wahlbezirk erhielt meine Partei 15.000 Stimmen und ein Mandat, die Sozialdemokraten aber vier Mandate mit 33.000 Stimmen. Die Plattform, auf der Sie die Wahlen gemacht haben, wird nicht mehr gegeben sein. Die Gelegenheit, das Volk irre zu führen, werden Sie nicht mehr haben. (Beifall bei der Minderheit.)

Als Proredner nimmt nun GR. Stein (Soz. Dem.) das Wort. Seine Rede wird wiederholt von stürmischen Beifallskundgebungen seiner Parteianhänger unterbrochen, so dass ein Grossteil seiner Ausführungen nur für die Zunächstsitzenden hörbar ist. Einleitend erklärt er, dass sich die Sozialdemokraten ihren Wählern gegenüber verpflichtet fühlen, aufzuzeigen, welche merkwürdige Rolle sich die Herren der Minderheit hier zur rechtgelegt haben. Wir machen Ihnen wegen der Debatte keine Vorwürfe, wir verstehen es, dass das Parteiprestige Ihr einziger sachlicher Anhaltspunkt für die Debatte ist. Dass die Wählerliste Mängel aufzeigt, das hat schon der Gesetzgeber ins Auge gefasst und durch die Reklamation ermöglicht, eventuelle Mängel zu beheben. Sie haben eine Klage beim Verfassungsgerichtshof anhängig gemacht. Sie haben die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes nicht abgewartet und dass Sie das nicht getan haben, ist ein ganz erbärmlicher Versuch, die öffentliche Gerichtsbarkeit zu beeinflussen. Sie sind ausgezogen mit tausend Hoffnungen, mit der Hoffnung 16 Mandate zu erobern und das Rathaus. In diesem Saal aber sind Sie eingezogen mit einem Liebhartstaler. Der Gemeinderat Höppler ist Ihr einziger Gewinn. Dass der Abstand Ihrer Hoffnungen von dem Ausgang der Wahlen ein so erschütterndes ist, darüber freuen wir uns. Ihre Einheitsliste ist der Beweis, dass für die Bürgerlichen das Klasseninteresse das einzig verbindende ist.

Nun unterbricht Bürgermeister Seitz den Redner und ersucht ihn, zur Sache zu reden. GR. Stein erklärt, aber, dass die Minderheit die ganze Zeit hindurch von diesen Dingen gesprochen habe, und ersucht den Bürgermeister, ihm die Möglichkeit zu geben, alle die unqualifizierbaren Angriffe auf das richtige Mass zurückzuführen. Der Bürgermeister richtet neuerlich an beide Seiten des Hauses das Ersuchen, nach Beendigung der Debatte zur Sache zu sprechen, worauf GR. Stein seine Ausführungen fortsetzt.

GR. Rummelhardt hat erklärt, dass die Sozialdemokraten vor der Wahl Angst hatten. Ich erinnere mich an Ihren Parteitag vor der letzten Wahl, wo Ihr wirklicher Führer erklärt hat, wenn wir Ihnen das Jahr 1926 mit dem Bankenskandalen nichts getan hat, werden Sie auch über das Jahr 1927 hinwegkommen. Glauben Sie, dass das ein Ausdruck der Kraft ist? Allen Ihren Rednern fehlt der Mut, die Schuld an der Niederlage Ihrer selbst zuzuschreiben. Kunschak hat die Ursache Ihrer Niederlage in dem Verbrechen des Amtsmissbrauches erblickt, Rummelhardt in unserer Agitation, Doppler im Terror und Haider in den Schwindel mit dem Mieterschutz. Ihre Angaben aber sind furchtbar vage. Behauptungen stellen Sie den Tatsachen gleich. Dabei erschüttern Sie aber auch das Vertrauen zu den Beamten, setzen Sie das Ansehen der Beamten herab. Kunschak hat auch unserer Plakatierung die Schuld Ihrer Niederlage zugeschrieben. Es freut uns nur, dass Sie nicht den Witz, den Mifall und auch die Fähigkeit einer solchen Plakatierung gehabt haben. Rummelhardt hat auch den Mut gehabt, zu behaupten, dass wir mit Subventionen Korruption getrieben haben. Demgegenüber erkläre ich, dass unsere Organisationen so fest und so treu zur Partei stehen, dass wir sie nicht bestechen brauchen.

Es gibt Parteien, die alt werden und deren Altern dazu führt, sich in eine Einheitsliste umzuwandeln. Unsere Partei ist bei dieser Partei nicht dabei. Wir werden deshalb unseren Kampf sortsetzen und ihn erfolgreich beenden.

Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, Stadtrat Richter möge verschwinden. Ich erkläre Ihnen aber, wir gehen mit unseren Stadtrat und wir gehen mit unseren Beamten, die rein dastehen. Sie müssen sich mit der Rolle einer trostlosen Minderheit abfinden, die Wiener Arbeiter wollen von Ihnen nichts wissen. Wir halten zu unseren Wählern und mit uns ist das Volk und mit uns ist der Sieg. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten)

In längeren Ausführungen erwidert GR. Holubek (E.L.) auf verschiedene Bemerkungen des Vorredners. In Ottakring haben wir ein neues Mandat und in Wiener Neustadt ein Landtagsmandat erobert. Gerade in den Arbeiterbezirken und das ist ein Beweis, dass die Arbeiter von Ihnen nichts mehr wissen wollen. Sie dürfen auch nicht behaupten, dass Sie reine Hände haben; denn eine Partei mit einem Eldersch und mit einem Ratzenberger, eine Partei, die mit einem Bosel durch dick und dünn gegangen ist, hat nicht reine Hände. Sie haben die Entscheidung der Wahlen mit der Wählerliste, die ein Skandal ist, korrigiert.

GR. Urban (E.L.) bemängelt, dass ein grosser Teil der Beizitzer der Partei der Einheitsliste einfach gestrichen wurden. Andere wieder wurden Sprengeln zugeteilt, wo sie ganz unbekannt waren. Warum Sie alle diese Praktiken angewendet haben, ist unverständlich, wenn man hier so oft auf die Macht des Volkes sich beruft. So spricht kein starker Mensch, sondern jemand, der sich vor der Wahl nicht so stark und sicher gefühlt hat. Was Sie an Wahlschwindel geleistet haben, übersteigt alle Grenzen. Am Alsergrund wurde jeder, der als Sozialdemokrat bekannt war, ohne Dokumente zur Wahl zugelassen. Leute, die im Nachtrag gestanden sind, hat man von der Wahl fern gehalten. Die Einheitsliste hat sich ihre Stimmen auf ehrliche Weise erworben und wenn man von den 693.000 sozialdemokratischen Stimmen nicht allen Schwindel subtrahiert, dann werden es auch viel mehr sein, als wir bekommen haben. GR. Gschladt (E.L.): Sie brüsten sich mit dem Erfolg Ihrer Schwindelmanöver und bilden sich darauf noch etwas ein. Sie haben aber gar keine moralische Berechtigung hier im Namen der Wiener Bevölkerung zu sprechen, wenn Sie Wahlen so vornehmen, wie dies tatsächlich geschehen ist. Unter Ihrer Herrschaft ist die öffentliche Verwaltung in einem Zustand der Verlotterung gekommen. Der Beamte ist heute nicht mehr imstande, Ihrem Druck standzuhalten. Auch die Wählerlisten bildeten einen Skandal. In Meidling sind schon in aller Frühe zu mir Leute gekommen, die man nicht zur Wahl gelassen hat, obwohl sie in der Nachtragsliste standen. Dafür haben wir einen Mann verhaften lassen, der achtmal gewählt hat und von 20 Wählern Dokumente bei sich hatte. Freilich, mir ist um das Schicksal dieses Mannes nicht bange. Mir ist bekannt, dass solche Menschen, die beste Empfehlung haben, wenn es sich darum handelt, eine Gemeindegewinnung oder das Heimatrecht zu erlangen. Diese Wahlen mit diesen Wählerlisten waren eine Schande nicht nur für die sozialdemokratische Partei, sondern für ganz Wien.

StR. Richter erwidert, dass die Opposition selbst zugewesen musste, dass alles gemacht worden ist, um ordentliche Wählerlisten zu bekommen. Aber bei eineinviertel Millionen Wählern müssen Irrtümer vorkommen, insbesondere dann, je weiter die Anlage der Wählerliste sich vom Wahltag entfernt. In Wien werden in einem Monat rund 35.000 Personen an- und abgemeldet. In drei Monaten gibt das rund 100.000 Personen. Was die Toten in der Wählerliste anlangt, so muss festgestellt werden, dass in Wien täglich 80 bis 90 Personen sterben. Zwei Drittel davon sind Wähler. Das gibt in drei Monaten wieder 7500 Menschen, die in der Liste stehen, aber keine Wähler sind. Am 1. Jänner 1927, als die Wählerliste angelegt wurde, war sie vollständig korrekt. Was die Bewohner der Schrebergartenhütten anlangt, so handelt es sich hier gar nicht um Schwindler, sondern die Leute wohnen

tatsächlich dort. Mit grossem Pathos wurden auch Verbrecher in der Wählerliste entdeckt. Um was für Verbrechen es sich hier da handelt, sei an einigen Beispielen aufgezeigt. Jedes Verbrechen verjährt übrigens nach einer gewissen Zeit und dann haben auch diese Personen wieder das Wahlrecht. Man darf auch nicht vergessen, dass durch die Einführung der bedingten Verurteilung, das Wahlrecht nicht verloren geht. Auch die Angaben der Polizei in dieser Beziehung sind unzuverlässig. Es wurde uns gemeldet, dass ein sehr verdienstvoll wirkender bürgerlicher Bezirksrat in der Inneren Stadt ein abgestrafter Verbrecher sei, ebenso wie ein städtischer Obermagistratsrat als Dieb von der Polizei bezeichnet wurde. Beides war unrichtig. Die Bosheit mancher Minsusreklamierer kannte überhaupt keine Grenzen. Man hat Menschen, die einen ganz kleinen Konflikt mit der Polizei hatten, als Verbrecher denunziert. Ich kann nur sagen, dass bei dieser Wahl perzentuell viel weniger Reklamationen eingebracht worden sind, als bei allen früheren Wahlen. (Lebhafter Beifall)

Dreissig Prozent der beantragten Streichungen haben sich als ungerechtfertigt erwiesen. Mit Aufbietung alles Scharfsinnes wurde eine Beschwerde bezüglich der Währinger Wahl an den Verfassungsgerichtshof fabriziert, die sich auf 258 Fälle aufbaut. Ich will nicht ausführlich darüber besprechen, weil ich dem gerichtlichen Verfahren nicht vorgreifen darf. Aber wenn von 40.000 Wählern, die es in Währing gab, ganze 258 zu Unrecht in der Liste waren, dann haben wir gar keine Ursache, uns Wahlschwindel vorwerfen zu lassen. Ubrigens kann ich heute schon sagen, dass zwei Drittel von den 258 Fällen unberichtigt sind und nur ein Drittel dem Verfassungsgerichtshof beschäftigt wird. Es ist auch eine Ironie, dass von den 258 Fällen vier doppelt anhängig gemacht worden sind. (Lebhafte Heiterkeit)

Der Vorsitzende einer Währinger Wahlkommission wurde hier beschimpft, obwohl er vollständig korrekt gehandelt hat. Es ist auch unrichtig, dass die 100 Stimmen dieser Kommission den Sozialdemokraten zugerechnet worden sind, sondern man hat sie der Einheitsliste abgerechnet, weil dies ein Irrtum war. Es wären nämlich in dieser Kommission mehr Stimmen abgegeben worden, als überhaupt Wähler eingetragen gewesen sind. Durch den Einspruch gegen die Wahlen in vier Bezirken, mussten die gesamten Wahlakten in das neue Amtsgebäude gebracht werden. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, dass dort die Stimmzettel auf der Erde gelegen sind, es waren nur die Pakete durch den Transport etwas beschädigt und aufgerissen und Stimmzettel haben herausgeschaut.

GR. Kunschak: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass der, der Ihnen diesen Bericht gegeben hat, Sie belogen hat!

StR. Richter: Wichtig ist, dass sich die Ueberprüfung dieser Wahlpakete bei offenen Türen abgespielt hat.

GR. Kunschak (E.L.) berichtet tatsächlich, dass die Stimmzettel auf der Erde gelegen sind und ruft den Senatsrat Gräf und den Amtsvorstand als Zeugen an. Der Beamte, der uns davon die Meldung erstattet hat hat seine Pflicht erfüllt, denn wer ein Verbrechen sieht, hat die Pflicht der Anzeige.

StR. Richter berichtet tatsächlich, dass er gesagt hat, dass einige Pakete aufgerissen waren und die Stimmzettel herausgeschauten.

GR. Zimmerl (E.L.) berichtet tatsächlich, dass tausende Stimmzettel auf den Boden gelegen sind und der Beamte gesagt hat, der Zweck der Revision sei, die Stimmzettel dort hinzugeben, wo sie fehlen.

Diese Berichtigung wird von der Minderheit mit lebhaften Rufen, wie: Skandal! Amtlicher Wahlschwindel! Darauf können Sie stolz sein! aufgenommen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl verkündet dann unter grossem Lärm, dass der Zuschusskredit mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen ist. Schluss der Sitzung neun Uhr abends.